

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
A. Einleitung	15
B. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	20
I. Der Schutzbereich des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung	20
1. Verfügungsrecht über eigene Daten	20
a) Schutzzweck	20
b) Schutzgegenstand	22
2. Grundrechtsberechtigung	23
a) Beginn und Ende der Grundrechtsberechtigung	23
b) Amtsträger als Grundrechtsberechtigte?	24
c) Juristische Personen als Grundrechtsberechtigte?	27
II. Der Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung	29
1. Ursprünge der Lehre vom Informationseingriff	29
2. Der Informationseingriff in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	30
3. Rezeption in Rechtsprechung und Lehre	32
4. Die Eingriffskriterien: Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe personenbezogener Daten	34
a) Die Datenerhebung	34
b) Die Datenverarbeitung	35

aa)	Speichern	36
bb)	Verändern	36
cc)	Übermitteln	36
dd)	Sperren	37
ee)	Löschen	37
4.3	Die Datennutzung	38
III.	Die Rechtfertigung des Informationseingriffs	38
IV.	Die Folgen des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung für Gesetzgebung und Verwaltung	41
1.	Normenflut und Generalklauseln	41
2.	Vom (unvermeidlichen) Scheitern der Datenschutzgesetzgebung	43
C.	Alternative Entwürfe des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung	46
I.	Restriktive Bestimmung des Schutzbereichs	46
1.	Schutzlosigkeit belangloser Daten?	46
a)	Ansätze im Volkszählungsurteil?	46
b)	Schutzbedürftigkeit belangloser Daten	48
2.	Schutzlosigkeit offenkundiger Daten?	50
a)	Ansätze in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ...	50
b)	Ansätze in Literatur und Rechtsprechung	51
c)	Schutzbedürftigkeit offenkundiger Daten	53
3.	Limitierung des Schutzbereichs im Strafverfahren?	53
4.	Ausgestaltungsbefugnis des Gesetzgebers?	55
II.	Restriktive Bestimmung des Eingriffsbegriffs	56
1.	Der Informationseingriff als Ausprägung des modernen Eingriffsbegriffs	56
2.	Nur zwangsweise Datenerhebung als Eingriff?	58
3.	Nur finaler Datenumgang als Eingriff?	59
4.	Nur Eingriff oberhalb einer Bagatellgrenze?	61
III.	Lösungen auf der Ebene der Eingriffsrechtfertigung	63
1.	Generalklauseln und unbestimmte Rechtsbegriffe als Instrumente der Gesetzgebung	63
2.	Generalklauseln und unbestimmte Rechtsbegriffe als Mittel der Rechtfertigung von Informationseingriffen	65

3.	Keine Lösung des Rechtfertigungsdilemmas	67
a)	§§ 13 bis 16 BDSG als Befugnisnormen?	69
b)	§§ 24, 26 VwVfG als Befugnisnormen?	70
c)	§§ 161, 163 StPO als Befugnisnormen?	72
aa)	Grundlage für „weniger intensive“ Grundrechtseingriffe	72
bb)	Bestimmung „weniger intensiver“ Grundrechtseingriffe durch die Sphärentheorie?	74
IV.	Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung als vorwiegend objektiv-rechtliche Gewährleistung	76
1.	Grundrechtsschutz durch Organisation und Verfahren	76
2.	Informationelle Selbstbestimmung in der Informationsgesellschaft	78
a)	Michael Kloepfer: Datenschutz durch Datenverkehrsordnung	79
aa)	Darstellung	79
bb)	Kritik	80
b)	Wolfgang Hoffmann-Riem: selbstbestimmte Teilhabe an Kommunikationsprozessen	81
aa)	Darstellung	81
bb)	Kritik	82
c)	Hans-Heinrich Trute: das Recht auf kommunikative Selbstbestimmung	83
aa)	Darstellung	83
bb)	Kritik	84
d)	Marion Albers: die Zwei-Ebenen-Konzeption	84
aa)	Darstellung	84
bb)	Kritik	86
3.	Verteidigung des subjektiv-abwehrrechtlichen Gehalts des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung	87
D.	Zwischenergebnis	90
E.	Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung als Recht auf Transparenz des staatlichen Datenumgangs	92
I.	Die Präzisierung des Schutzbereiches	92
1.	Die Bestimmungsbefugnis als Ausgangspunkt	92
2.	Die Genealogie der Bestimmungsbefugnis	93
3.	Die Entbehrlichkeit der Bestimmungsbefugnis für den Schutz vor Intransparenz des staatlichen Datenumgangs	95

4. Der Überblick über den staatlichen Informationsstand als Schutzgegenstand	96
II. Die Bestimmung des Informationseingriffs	98
1. Der Verlust des Überblicks über den staatlichen Informationsstand ...	98
2. Michael Germann: die Überschreitung der konkret überschaubaren Verwendungszwecke	99
a) Die Kenntnis des Verwendungszusammenhangs	99
b) Konkret überschaubarer Verwendungszweck im Moment der Datenentäußerung	99
c) Überschaubarkeit des Verwendungszwecks durch Überschaubarkeit der staatlichen Aufgabenerfüllung?	101
aa) Datenwahrnehmung veranlasst Aufgabenerfüllung	101
bb) Aufgabenerfüllung regelmäßig nicht überschaubar	103
3. Die Unkenntnis vom Datenumgang und den Verwendungszwecken ...	106
4. Eingriffsvermeidung durch Transparenz	108
5. Parallelen zu Art. 8 EMRK	110
6. Vereinbarkeit mit Art. 8 Grundrechtecharta?	111
7. Vereinbarkeit mit den Gewährleistungen der Landesverfassungen?	113
III. Eingriffsloser Umgang mit personenbezogenen Daten	115
1. Eingriffsausschluss durch staatliche Kenntnisgewähr	115
a) Offenlegung des Datenumgangs	115
b) Offenlegung des Verwendungszusammenhangs	117
2. Transparenz durch Aufklärung und Auskunft	118
IV. Erhaltung des subjektiv-rechtlichen Abwehrgehalts	120
1. Keine Reduktion auf objektiv-rechtliche Organisations- und Verfahrensregelungen	120
2. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung als originäres Leistungsrecht?	121
3. Eingriff durch Datenumgang oder Eingriff durch Auskunftsverweigerung?	124
a) Unterscheidung von verdecktem und offenem Datenumgang	124
b) Informationseingriff durch Unterlassen?	125
V. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung als Ausschnitt des grundrechtlichen Persönlichkeitsschutzes	128
1. Schutzlücken	128
2. Der Schutz des privaten Eigenbereichs	131
a) Schutz der Privatsphäre durch spezielle Gewährleistungen	131
b) Schutz der Privatsphäre durch das allgemeine Persönlichkeitsrecht	132

3. Der Schutz der Selbstdarstellung	134
4. Der Schutz vor „öffentlicher Anteilnahme“	136
F. Die Unterscheidungsleistung des Informationseingriffs	138
I. Eingriffsloser Umgang mit personenbezogenen Daten	138
1. Offener Datenumgang unter Mitteilung der Verwendungszwecke	138
2. Offener Datenumgang mit der Möglichkeit der Kenntnisnahme der Verwendungszwecke	139
a) Die Videoüberwachung	140
b) Weitere Formen	142
3. Verdeckte Datenverarbeitung unter Mitteilung der Verwendungszwecke	143
4. Öffentliche Bekanntmachung personenbezogener Daten	144
5. Eingriffsausschluss durch Einwilligung in den Datenumgang	146
a) Unsicherheiten bei der Bestimmung einer wirksamen Einwilligung in den Informationseingriff	146
b) Einwilligung in den Informationseingriff durch freiwilligen Verzicht auf den Überblick über den staatlichen Informations- stand	149
II. Grundrechtseingreifender Umgang mit personenbezogenen Daten	151
1. Verdeckte Datenerhebung und -verarbeitung	151
a) Verdeckte Datenerhebung	151
b) Verdeckte Datenverarbeitung am Beispiel der Rasterfahndung ...	153
2. Keine Kennnissgabe der Verwendungszwecke	155
III. Verringerung von Anzahl und Komplexität der Befugnissnormen	156
1. Sozialrecht	157
2. Schulrecht	158
3. Gefahrenabwehr- und Strafprozessrecht	159
G. Die Intensität des Informationseingriffs	162
I. Auswirkungen der Eingriffsintensität auf die Anforderungen an die Normenklarheit und den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	162

II. Merkmale abgestufter Eingriffsintensität	163
1. Sensibilität der Daten	163
2. Weitere drohende Nachteile für den Betroffenen	164
3. Heimlichkeit der Ermittlungsmaßnahme	166
4. Anlass für den Eingriff und Streubreite	167
H. Das Verhältnis des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung zu anderen Grundrechten ...	170
I. Die Lehre von den Grundrechtskonkurrenzen	170
II. Die einzelnen Grundrechte	171
1. Verhältnis zur Menschenwürde	171
2. Verhältnis zu den übrigen Ausprägungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	172
a) Die Stellung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung innerhalb des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	172
b) Verhältnis zum Recht auf Privatheit	173
c) Verhältnis zum Recht auf Selbstdarstellung	174
d) Verhältnis zum Recht auf Schutz der Grundbedingungen für die Persönlichkeitsentfaltung und zum Schutz der Ehre	175
e) Verhältnis zum Recht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme	176
3. Verhältnis zu besonderen Ausprägungen des Schutzes von Privatsphäre und Persönlichkeit	178
a) Subsidiarität des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	178
b) Verhältnis zu Art. 10 Abs. 1 GG nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	179
c) Verhältnis zu Art. 13 Abs. 1 GG nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	180
d) Unterscheidung nach der Art der Persönlichkeitsgefährdung	181
4. Verhältnis zur allgemeinen Handlungsfreiheit	182
5. Verhältnis zu den Kommunikationsfreiheiten	183
a) Verhältnis zu Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG	183
b) Verhältnis zu Art. 8 Abs. 1 GG	184
c) Verhältnis zu Art. 9 Abs. 1 GG	185
6. Verhältnis zu den Wirtschaftsfreiheiten – Art. 12 und 14 GG	186
7. Verhältnis zum allgemeinen Gleichheitssatz	186

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	13
I. Der Schutz des informationellen Selbstbestimmungsrechts im Privatrechtsverkehr	188
I. Ausgangssituation	188
II. Freie Kommunikation als Leitbild	191
III. Ausgestaltung des Schutzes	193
J. Resümee	197
Literaturverzeichnis	201
Stichwortverzeichnis	219